

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

wir freuen uns, dass ihr alle heute hier seid und wir auch im Rems-Murr Kreis ein gemeinsames Zeichen gegen die AfD und andere Faschisten setzen. Denn die Landtagswahlen im Osten sind kein losgelöstes Ereignis und kein „Ostdeutsches“ Problem. Heute wollen wir unsere Solidarität an all die schicken, deren antifaschistischer Alltag bereits anderes aussieht als unserer. An die, die in Anbetracht dieser Ergebnisse nicht den Kopf in den Sand stecken und weiter, auch aus der Defensive, kämpfen!

Stärkste Kraft in Thüringen, zweitstärkste Kraft in Sachsen – ähnliche Ergebnisse können wir bei den Wahlen in Brandenburg erwarten. Das bedeutet aktuell zwar noch nicht unbedingt, dass die AfD in Regierungsverantwortung kommt – noch scheinen alle anderen Parteien genug unter Druck zu stehen, um sich nicht auf eine Koalition mit der AfD einzulassen. Das muss aber nicht so bleiben, auf eine „Brandmauer“ können wir uns langfristig nicht verlassen – lokale Beispiele waren dafür schon erste Vorboten. Genauso wie die Worte von Friedrich Merz im Sommerinterview im Juli 2023. Kommunalpolitik sei schließlich „etwas anderes als Landes- und Bundespolitik“, auf kommunaler Ebene brauche es einen pragmatischeren Umgang. Auch wenn die AfD vorerst nicht regieren kann, schon jetzt sitzen direkt vor unserer Haustüre Faschisten in den Gemeinde- und Kreisräten und bestimmen bei etlichen Fragen mit.

Umso wichtiger ist, dass wir hier heute gemeinsam stehen und als Antifaschist:innen auf die Straße gehen, darauf wollen und müssen wir aufbauen!

Bereits in Februar waren wir in Waiblingen unter dem Motto „die rechte Welle brechen“ auf der Straße. Dieses Motto ist, wenn ihr mich fragt, immer noch aktuell.

Die rechte Welle, das ist die in Teilen faschistische AfD. Die Rechte Welle, meint aber auch Pogrome gegen Migrant:innen und Geflüchtete, die Angriffe auf Linke und Gewerkschafter:innen und die Nazimobs, die aktuell überall CSDs und queere Menschen bedrohen.

Die Rechte Welle, das sind faschistische Kräfte, die im Windschatten der AfD stärker werden. Das ist der widerwärtige Rassismus, der mehr und mehr gesellschafts- und salonfähig wird. Und zu guter Letzt ist die rechte Welle mehr als die AfD und andere Nazis.

Die rechte Welle ist eine allumfassende Rechtsentwicklung, die auch die anderen Parteien erfasst hat. Hier sei exemplarisch nur genannt, dass der Bundespräsident am dem Tag, an dem ein Faschist die Wahl gewinnt nicht den Kampf gegen den Faschismus zur obersten Priorität macht, sondern die Begrenzung der Migration. Den Nährboden für den Aufstieg der Rechten bietet nicht zuletzt die breite Unzufriedenheit mit der Politik der Ampel und den großflächigen Abbau sozialer Errungenschaften, das Drücken von Reallöhnen und die Angst vor weiteren Kriegen. Die AfD nutzt die Unzufriedenheit um die Menschen für ihre rechte Agenda zu gewinnen, indem sie Hass auf Migrant:innen schürt ohne die tatsächlichen Ursachen für die sich verschlechternden Verhältnisse zu bekämpfen. Und die AfD fährt damit gut. Und das, obwohl sie für die meisten ihrer Wähler:innen keine Verbesserungen geplant hat – im Gegenteil.

Dass die AfD gerade in den ostdeutschen Bundesländern so erfolgreich ist wundert uns ehrlich gesagt wenig. Besonders hoch ist dort die Angst vor einem sozialen Abstieg, besonders oft gaben die Wähler:innen vom vergangenen Sonntag an, der aktuellen Bundesregierung mit ihrer Wahlentscheidung einen Denkkzettel verpassen zu wollen und 74 % der Ostdeutschen fühlen sich nach wie vor wie Bürger zweiter Klasse.

Das kommt nicht von ungefähr: Vor nunmehr 30 Jahren wurde die sozialistische DDR, dem größeren, kapitalistischen Teil, der BRD, angeschlossen. Die meisten Menschen ahnten nicht, zu welchen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verwerfungen dies im Laufe der Jahre führen würde. Viele versprachen sich davon die Teilhabe an den sozialen Segnungen der westdeutschen Nachkriegsmarktwirtschaft, die ergänzt werden würden durch ostdeutsche Errungenschaften.

Doch es kam anders. Große Teile der Infrastruktur verschwanden, so bspw. Die über 2000 regionalen Kulturhäuser, Frauen wurden in ihrer gesellschaftlichen Lage zurückgeworfen und alle Weichen wurden auf Privatisierung gestellt. Über die Treuhandanstalt wurden unter teils dubiosen Umständen rund 50.000 Immobilien, knapp 10.000 Firmen und mehr als 25.000 Kleinbetriebe verscherbelt. Die DDR galt in diesen Jahren als ein riesiger Schnäppchenmarkt. Die Bilanz des Ausverkaufs: mit mehr als drei Millionen vernichteten Arbeitsplätzen eine Arbeitsplatzvernichtung auf fast die Hälfte. Dieser folgten mehrere Wellen von Arbeitsmigrationen nach Westdeutschland. Fast ein Viertel der Bevölkerung verließ bis heute das Gebiet der ehemaligen DDR. Sie hinterließen eine überalterte und abgehängte Gesellschaft.

Die Geschichte der Treuhand ist eine Geschichte einer gigantischen Umverteilung: Das einstige Volkseigentum war zu 85 Prozent an Westdeutsche, zu 10 Prozent an internationale Investoren und nur zu knapp 5 Prozent an Ostdeutsche übertragen worden. An der wirtschaftlichen Lage hat sich bis heute nichts grundlegendes geändert.

Eine in ihren Strukturen und führenden Köpfen zutiefst westdeutsche Partei – die AfD – begegnet den ostdeutschen Erfahrungen sozialer Deklassierung mit nationalistischen und rassistischen Angeboten und kann dabei auf eine rechte Basis bauen. Gerade in Sachsen hat auch die Vorarbeit der NPD in den 1990er und 2010er Jahren den Boden für die Normalisierung der AfD als offen extrem rechte Partei bereitet.

Ein alleinig ostdeutsches Problem sind die Wahlerfolge aber nicht. Die Erfahrungen, die die Partei aktuell vor allem im Osten der Republik sammelt, müssen wir als „Leuchtturm“-Projekte verstehen. Sie sind nur Vorboten für das, was die AfD auch in Westdeutschland umsetzen möchte. Dabei gibt es auch bei uns im Kreis schon AfD-Hochburgen. In Spiegelberg wurde die AfD mit fast 30% bei den Europa- und Kommunalwahlen zur stärksten Kraft.

Wir müssen die Wahlergebnisse als Auftrag an uns alle verstehen, einen echten und nachhaltigen Antifaschismus zu organisieren. Einer, der kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern der sich jeden Tag in der lokalen Praxis zeigt. Einen klassenbewussten Antifaschismus, der die Rolle der bürgerlichen Parteien für den Aufstieg der Rechten nicht außen vor lässt, der die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nimmt und aktiv wird gegen Sozialabbau und Krieg.

Wir brauchen einen kämpferischen Antifaschismus, der sich in der Wahl seiner Mittel nicht begrenzen lässt. Das heißt: wir müssen uns den Nazis dort in den Weg stellen, wo sie auftauchen und ihnen den Raum entziehen, den sie sich nehmen wollen. Wir müssen Infostände blockieren, gegen Veranstaltungen protestieren, Naziaufmärsche verhindern. Wir dürfen die gesellschaftliche Normalisierung von Nazis nicht unwidersprochen lassen. Wir müssen sie, wenn nötig, auch direkt konfrontieren. Lasst uns dafür sorgen, dass Nazis ihre Rückzugsräume verlieren, wie zum Beispiel auch das AfD Büro in Korb.

Es braucht uns alle, die angesichts des Aufschwungs der Rechten nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten. Lasst uns gemeinsam eine breit aufgestellte, vielfältige antifaschistische Bewegung aufbauen!

Wir reichen all denen die Hand, die gemeinsam mit uns eine praktische Antwort auf das Erstarken der AfD und die rechte Welle entwickeln wollen. Wir laden euch herzlich zum nächsten offenen antifaschistischen Treffen ein. Das findet am nächsten Dienstag, den 10.09. um 19 Uhr im Info- und Kulturladen Schlotterbeck statt. Dieser ist in der Mayennerstr. 14, also gerade mal ein paar Meter von hier.

Wenn wir den Nazis etwas entgegensetzen wollen, müssen wir uns organisieren!

Die Zeit zu handeln ist jetzt!

Alerta Antifaschista!